

Pressemitteilung/ Öffentlichkeitsarbeit

Leipzig, den 31.10.2019

Gespräch zwischen der Gewerkschaft BTB Sachsen-Anhalt und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr am 25.09.2019



v.l.n.r.: Heike Jacobs (BTB Sachsen-Anhalt, LFG-VL), Rainer Kießling (BTB Sachsen-Anhalt, Vorsitzender LFG VL), Staatssekretär Dr. Sebastian Putz (CDU), Achim Dombert (BTB Sachsen-Anhalt, LFG-VL), Karin Lips (MLV; Referat 12); Robert Tropartz (MLV, Referat 41) Foto MLV

Am 25.09.2019 fand ein Gespräch zwischen der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst Landesfachgruppe Vermessung und Landentwicklung (BTB Sachsen-Anhalt; LFG-VL) und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV) des Landes Sachsen-Anhalt statt. Thema des Gespräches waren u.a. die aktuelle Personalentwicklung und die Nachwuchsgewinnung der Geoinformations- und Vermessungsverwaltung im Land Sachsen-Anhalt.

Am o.g. Spitzengespräch nahmen Staatssekretär Dr. Sebastian Putz, Karin Lips (Referatsleiterin 12) und Robert Tropartz (stellvertretender Abteilungsleiter 4 und Referatsleiter 42) vom MLV teil. Für den BTB Sachsen-Anhalt LFG-VL waren neben dem Vorsitzenden Rainer Kießling die Frauen- und Jugendvertreterin Heike Jacobs und Achim Dombert anwesend.

Die Gewerkschaft begrüßte, dass die Politik ein Umdenken zur Personalentwicklung auch im Bereich der technischen Verwaltung vollzogen hat. Die ursprünglich geplante Personalstärke von ca. 600 Stellen für die Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung nach dem vormaligen Personalentwicklungskonzept wurde im aktuellen Koalitionsvertrag auf 840 Stellen erhöht. Aus haushaltstechnischen Gründen begrenzte das Finanzressort die Personalkapazität allerdings auf 813 Stellen. Die Gewerkschaft und das MLV stellten gemeinsam fest, dass die vorgesehenen Planstellen im Jahr 2019 aktuell leicht unterbesetzt sind. Erstmals wird der seit Jahren bestehende Personalüberhang unterschritten, so dass jede frei werdende Stelle wieder ausgeschrieben werden kann. Allerdings verzeichnet die Gewerkschaft, dass die Stellenausschreibungen viel zu lange dauern. Mit dem Abgang an qualifiziertem Personal und einer verzögerten Nachführung von Stellen geht das nötige „Know-How“ verloren. Die verbliebenen Kollegen sind damit noch stärker als bisher belastet. Die Gewerkschaft bat daher das MLV alles Nötige dafür zu tun, dass freie Stellen schnell wiederbesetzt werden. Es darf nicht an fehlenden Stellenausschreibungen, -bewertungen oder Geschäftsverteilungsplänen im Querschnittsbereich der Verwaltung scheitern.

In diesem Zusammenhang wies die Gewerkschaft auf eine noch intensivere Nutzung der Instrumente zur Fachkräftegewinnung hin. Schon jetzt ist erkennbar, dass es für die Verwaltungen zukünftig schwieriger wird, geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen, weil nicht nur der öffentliche Dienst geeignetes Fachpersonal sucht. Dem gilt es, frühzeitig mit einer über dem eigentlichen Bedarf gesteigerten dualen Berufsausbildung, Studiengängen in Partnerschaften zwischen Hochschulen und Verwaltungen und einer Wiederaufnahme der Beamtenausbildung entgegen zu wirken. Nur so ist aus Sicht der Gewerkschaft eine ausreichende Anzahl an qualifizierten Bewerbern für alle Beschäftigungsbereiche, u.a. die öffentliche Verwaltung, zu gewährleisten.

Die in Sachsen-Anhalt erfolgte Trendwende zur Ausbildung, die auch in der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung angekommen ist, wird von der Gewerkschaft durchaus positiv gesehen. Die Ausbildung im technischen Referendariat und die duale Berufsausbildung zum Beruf Geomatiker/in sind beständig. Mit dem Haushaltsentwurf 2020/21 ist sogar eine Erhöhung von bisher 4 auf 6 Planstellen für das technische

Referendariat vorgesehen. Erstmals sollen 15 Stipendienplätze für Bachelorstudenten des Bereiches Vermessung und Geoinformation an der Hochschule Anhalt vergeben werden. Eine Erhöhung von bisher 4 auf 15 Ausbildungsplätzen für den Beruf Geomatiker/in ist ebenfalls geplant. Die Gewerkschaft bat das MLV dazu, sich für den Erhalt der Gelder im Haushaltsentwurf 2020/21 einzusetzen, damit diese Mittel ab dem Einstellungsjahr 2020 genutzt werden können. Die Maßnahmen zur Ausbildung kommen zwar sehr spät und sind zunächst nur der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“, denn die möglichen zukünftigen Kollegen stehen erst in ein paar Jahren für eine produktive Tätigkeit bereit. Aber alleine die Tatsache, dass die Politik den Fachkräftemangel nun angeht, wurde positiv hervorgehoben.

Die Gewerkschaft kann zwar die Sparzwänge zur Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre nachvollziehen, auf den kommenden Fachkräftemangel wurde jedoch von der Gewerkschaft schon lange hingewiesen. Mit höheren Ausbildungszahlen wäre der Fachkräftemangel nicht so stark ausgefallen. Eine in der Verwaltung fast auf null gefahrene Ausbildung wieder zu beleben, dauert seine Zeit und kostet Kraft. Unbesetzte Stellen, die auch trotz mehrfacher Ausschreibung der Verwaltung aktuell nicht besetzt werden können, sind leider jetzt schon zu verzeichnen. Der Fachkräftemangel ist nun auch in der Verwaltung angekommen und wird sich vermutlich noch weiter verstärken, bis die Forcierung der Ausbildung wirklich greift. Es ist zu befürchten, dass nun ein Abwerben der klugen Köpfe innerhalb Branche und auch unter den Verwaltungen selbst beginnt. Ein Effekt, den man schon Anfang der 90er Jahre verzeichnen konnte. Warum nur lernt Politik nie aus der Geschichte?

Im Zusammenhang mit der Ausbildung forderte die Gewerkschaft, dass die Verwaltung neben der weiterhin dringend benötigten dualen Berufsausbildung zum Geomatiker/in auch eine Ausbildung zum Vermessungstechniker/in wiederaufnimmt. Auch die Fachabteilungen der Verwaltung sehen hier den fachlichen Bedarf. Die Gewerkschaft konnte im Gespräch gut vermitteln, dass die bisherige Ansicht des MLV, der Beruf des/der Geomatikers/in beinhaltet den Beruf des/der Vermessungstechnikers/in, nicht zutrifft. Korrekt ist, dass die duale Ausbildung zum Beruf des Geomatikers/in und des Vermessungstechnikers/in im ersten Lehrjahr gekoppelt erfolgt und dann in die speziellen Bereiche getrennt wird. Wenn ein(e) Geomatiker/in im Anschluss an seine/ihre Ausbildung dann in die ureigenen Bereiche des Berufes eines(r) Vermessungstechnikers/in eingesetzt wird, hat er/sie zwar Grundkenntnisse aus dem ersten Lehrjahr, aber eben nicht vertiefte Kenntnisse zu den beruflichen Anforderungen des speziellen Fachbereiches. Im Ergebnis muss nach der Einstellung eine weitere, zeitraubende Qualifizierung erfolgen, die zusätzliche Kosten verursacht und zudem

Zeit in Anspruch nimmt. Aus Sicht der Gewerkschaft unnötig, wenn man gleich die Ausbildung nach dem Bedarf orientiert.

Für den Beamtenbereich übergab die Gewerkschaft dem MLV Grafiken zur aktuellen Entwicklung des Personalbestandes der Beamten. Während vom Land die Anzahl an Ausbildungsplätzen zum technischen Referendariat, Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt (ehem. höherer Dienst) zukünftig erhöht werden soll, ist nach wie vor kein „Vorbereitungsdienst“ im Bereich der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst) vorgesehen. Die Abbildungen 1 bis 3 zur aktuellen Personalentwicklung im LVermGeo für die Beamtenbereiche zeigen hier erschreckende Tendenzen. Erschwerend kommt hinzu, dass selbst dann, wenn Gelder für Ausbildungsplätze in allen Beamtenbereichen zur Verfügung stünden, die Ausbildung im Bereich des ehemaligen gehobenen und mittleren Dienstes nicht unverzüglich beginnen könnte. Die Ministeriumsvertreter bestätigten auf Nachfrage der Gewerkschaft den Sachverhalt, dass die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen (APO) noch auf dem Stand „Ende der 90er Jahre“ und damit veraltet sind. Die Gewerkschaft fragt sich daher, wie zukünftig die hoheitlichen Tätigkeiten, die zwingend von Beamten vorzunehmen sind, erledigt werden sollen, wenn kein entsprechender Nachwuchs ausgebildet wird. Damit der ehemalige gehobene und mittlere Dienst in der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung nicht „ausstirbt“, forderte die Gewerkschaft ein schnelles Umdenken, wie es von ministerieller Seite eigentlich auch nach dem letzten Spitzengespräch MLV / BTB im November 2016 mit den Überarbeitungen der APO zugesagt wurde. Eine Wiederaufnahme der Beamtenausbildung in allen Bereichen würde auch den Grundsätzen der Landesregierung entsprechen, die in der Neuordnung der beamtenrechtlichen Laufbahnordnung vom Frühjahr 2019 eine Stärkung des Berufsbeamtentums für Sachsen-Anhalt vorsieht. Die Gewerkschaft brachte deshalb ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass erstens die grundsätzliche positive Ausrichtung der Landesregierung zum Berufsbeamtentum in der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung noch nicht angekommen ist, zweitens die seit Jahren gemachten Zusagen des MLV zur Überarbeitung der APO leider immer noch nicht erfüllt sind und drittens bisher keine Option eröffnet wurde, die Laufbahngruppe 2 ab dem ersten Einstiegsamt vollständig durchlaufen zu können. Das MLV wurde aufgefordert, nun unverzüglich zu handeln, damit nicht noch mehr Zeit neben dem nötigen Entwicklungsprozess verstreicht.

Im Zusammenhang mit dem zukünftigen Fachkräftemangel erinnerte der BTB erneut an die Kooperationsvereinbarung „Nachwuchsgewinnung-Geo“, einem Gremium von Vertretern des MLV, der Berufsverbände, der Hochschulen, der Wirtschaft und den Gewerkschaften für den Bereich des Geoinformations- und Vermessungswesens unter Führung des MLV. Die Gewerkschaft hätte hier interessante Vorschläge, wie z.B. eine moderne Bewerbung des Berufsnachwuchses mit bewegten Bildern in den sozialen Medien. Alleine mit analogen Flyern spricht man jungen Menschen heute nicht mehr gezielt an. Die Unterzeichner der Kooperationsvereinbarung, mit denen der BTB Sachsen-Anhalt bisher gesprochen hat, haben ihr Interesse an der Fortführung der Kooperation bekundet. Alle Beteiligten können von den Ergebnissen dieser Kooperation nur profitieren.

In Bezug auf die allgemeinen Entwicklungen im Arbeits- und Berufsleben erkannten das MLV und der BTB Sachsen-Anhalt die immer komplexer werdenden Anforderungen zu notwendigen Anpassungen und Umgestaltungen generell an. Die in der Verwaltung bereits jetzt schon umfangreich praktizierte alternierende Telearbeit, der Ausbau von Fortbildungsmöglichkeiten sowie die Entwicklung eines wirksamen Gesundheitsmanagements wurden von Seiten der Gewerkschaft ausdrücklich gelobt. Der gegenseitige und nützliche Austausch zu Themen, wie z.B. eine Entwicklung von mobilen Arbeitsmöglichkeiten für Fernpendler, ist zukünftig zwischen den Gesprächsteilnehmern vorgesehen.

Zum Abschluss des Gesprächs bedankte sich der BTB Sachsen-Anhalt bei Staatssekretär Dr. Putz für das offene Gespräch und betonte die Absicht, im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit in regelmäßigen Abständen weitere Gespräche führen zu wollen.

BTB Sachsen-Anhalt;

Landesfachgruppe Vermessung und Landentwicklung